

Zulagen nur für Geringverdiener: FL-Postulat findet keine Mehrheit

Unausgegoren Die Stossrichtung sei zwar richtig, der Vorstoss greife aber zu kurz und benachteilige gewisse Familienmodelle, befand die Landtagsmehrheit und verwarf das FL-Postulat für zielgerichtete Familienzulagen.

VON MICHAEL BENVENUTI

Künftig sollten nur noch Eltern mit geringem Einkommen und Vermögen Familienzulagen erhalten - die dadurch frei werdenden Gelder könnten wiederum für den Ausbau von Kitas oder die Einführung eines bezahlten Elternurlaubs verwendet werden: So lauteten die Eckpunkte des FL-Postulats für zielgerichtete Familienzulagen. Zu überzeugen vermochte die weisse Fraktion die Landtagsmehrheit mit diesem Vorschlag aber nicht, letztlich stimmten nur acht Abgeordnete für eine Überweisung an die Regierung. Besonders der Vorschlag der Postulanten, das frei werdende Geld in den Ausbau von Kitas zu stecken,

stiess vielen Mandataren sauer auf. «Wieso soll dieses Geld sofort für Kitas genutzt werden, wieso nicht für Mütter, die ihre Kinder zu Hause betreuen?», fragte der VU-Abgeordnete Christoph Beck. Auch Wendelin Lampert kritisierte die offensichtliche Ungleichbehandlung: «Wenn eine Familie das Kind zu Hause erzieht, gibt es kein Geld, wer sein Kind in eine Kita steckt, wird mit jährlich 15 000 Franken gefördert.» Alois Beck (FBP) sprach sich ebenfalls für eine Wahlfreiheit zwischen «Familie und Beruf» und «Familie als Beruf» aus.

Mittelstand gefährdet

Zweifel wurden auch an der Umsetzbarkeit des FL-Postulats laut: Wie sollten die Vermögenswerte von Grenzgängern ermittelt werden, wie jene nicht verheirateter inländischer Eltern? Wird letztlich nicht der Mittelstand belastet und wer fällt überhaupt in die Kategorie «Geringverdiener»? Diese Frage wurde besonders aktuell, nachdem Thomas Lag-

eder von der Freien Liste zuerst von 10 000 Franken Monatseinkommen sprach, später aber nur noch die Superreichen ausschliessen wollte. Eu-

«Wir sollen in kleinen Schritten einem sozialistischen Paradies nähergebracht werden.»

ERICH HASLER
DU-ABGEORDNETER

gen Nägele warnte davor, das Gesellschaftsmodell «Jeder soll etwas leisten, jeder bekommt auch etwas zurück» infrage zu stellen. «Was kommt als Nächstes?», fragte

der FBP-Abgeordnete: «Bekommen Reiche keine AHV mehr?» Erich Hasler von den Unabhängigen kritisierte das Postulat als Schuss in den Ofen und mutmasste: «Wir sollen in kleinen Schritten einem sozialistischen Paradies nähergebracht werden.» Nicht ganz so drastisch sah es Gerold Büchel von der FBP, für ihn griff der FL-Vorstoss lediglich zu kurz. Als bessere Lösung pries Büchel das am Dienstag von der FBP-Fraktion eingereichte Postulat: Dieses sieht die Überprüfung sämtlicher Subventionen und Transferleistungen Privater vor, und nicht nur die Familienzulagen. Ob dieses Postulat überwiesen wird, entscheidet der Landtag im November.